



Foto: dpa

BUNDESPRÄSIDENTSCHAFT

Horst Köhler nominiert

CDU, CSU und FDP gehen gemeinsam mit dem Geschäftsführenden Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), Horst Köhler, in die Bundespräsidentenwahl am 23. Mai.

Dies gab die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, auf einer ge-

meinsamen Pressekonferenz mit dem CSU-Vorsitzenden, Edmund Stoiber, und dem Vorsitzenden der FDP, Guido Westerwelle, bekannt. „Wir wollte mit unserer Kandidatenentscheidung ein klares Signal für eine bürgerliche Alternative gegen Rot-Grün setzen“, ▶

INHALT

Horst Köhler:
Vom IWF-Chef zum
Kandidaten
Seite 5

Arbeitsmarkt:
Wachen Sie auf, Herr
Bundeskanzler!
Seite 6

Dokumentation:
Hintergrundpapier zur
Ausbildungsplatzabgabe
Innenteil

HEUTE AKTUELL

■ Weitere Bundesfachausschüsse zusammengetreten (Seite 7) ■ Schleswig-Holstein: CDU bereit zur Wende (Seite 8) ■ Bürgerschaftswahlanalyse: Rekordplus in allen Wählergruppen (Seite 9-11) ■ Armin Laschet: Europa und die Vereinten Nationen (Seite 13) ■ H. Kues: Übereinstimmung mit Bischöfen (Seite 16) ■ M. Böhmer: Elite-Uni-Konzept hat ausgedient (Seite 16-17) ■ K. Reiche: Ausbildungsplatzsituation verbessern statt Betriebe belasten (Seite 17-18) ■ D. Wöhr: Weniger Masterpläne – mehr Umsetzung (Seite 18-19) ■ D. Fischer, G. Brunnhuber: Verkehrsinfrastrukturfinanzierung auf tönernen Füßen (Seite 19) ■ K.-J. Laumann: Daumen weiter nach unten (Seite 20) ■ M. Meister, M. Kolbe: Investitionszulage Ost wird verlängert (Seite 20-21) ■ M. Eichhorn: Frauengerechte Alterssicherung (Seite 21)

▶ so Angela Merkel. Ziel sei es gewesen, das bürgerliche Lager als Alternative zu Rot-Grün zu präsentieren, und eine gemeinsame, auf lange Sicht ausgerichtete Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Deshalb sei bei der Entscheidung die Geschlossenheit von Union und FDP strategisch so wichtig gewesen. Für Horst Köhler habe in besonderer Weise gesprochen, dass er „über reichhaltige politische und internationale Erfahrung“ verfüge. Im Zeitalter der Globalisierung sei dies von „allergrößtem Nutzen“. Horst Köhler sei eine Persönlichkeit, die die deutschen Interessen in der Welt vertreten und zugleich den Menschen im Land die notwendigen Reformen erklären könne.

Auch der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber lobte die Qualitäten Köhlers. Horst Köhler sei jemand, „der Deutschland von innen kennt, aber auch von außen sieht.“ Der IWF-Chef sei in den letzten Jahren als „unbequemer Mahner“ aufgetre-

ten, der als Bundespräsident die „Veränderungsnotwendigkeiten“, vor denen Deutschland stehe, künftig mitgestalten werde. Köhler hat maßgeblich die deutsche Einheit durch die Wirtschafts- und Währungsunion mitgestaltet.

Die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bedauerte, dass der Union die Nominierung von Fraktionsvize Wolfgang Schäuble nicht gelungen sei. „Es ist unbestritten, dass die Lebensleistung und die politische Leistung von Wolfgang Schäuble einzigartig und bedeutend sind“, so Merkel. Den Ausschlag habe letztlich jedoch die Entscheidung für die Nominierung eines gemeinsamen Kandidaten mit der FDP gegeben. Der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle bescheinigte Horst Köhler, für eine liberale Agenda zu stehen. Deshalb würden sich die Freien Demokraten in der Bundesversammlung darauf „freuen, Professor Köhler zum nächsten Bundespräsidenten wählen zu dürfen“.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhölzerstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-3 72, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-2 13, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

**CDU**

DIE VORSITZENDE

Berlin, 5. März 2004

Liebe Freunde,

wie Sie wissen haben die Präsidien von CDU, CSU und FDP am 3. März 2004 entschieden, den Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds, Herrn Professor Horst Köhler, für das Amt des Bundespräsidenten vorzuschlagen. Damit verfügen nun die bürgerlichen Parteien über einen gemeinsamen Kandidaten, der hervorragend geeignet ist, das höchste Staatsamt in Deutschland auszufüllen. Gleichzeitig setzen wir mit dieser Entscheidung ein klares Signal für eine bürgerliche Alternative gegen Rot-Grün.

Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in der Bundesversammlung, die den Bundespräsidenten wählt, war es stets unser strategisches Ziel, einen Kandidaten aus den Reihen der Union zu nominieren, der auch auf die Zustimmung der FDP stößt. Denn nur gemeinsam mit der FDP verfügt die Union in der Bundesversammlung über die erforderliche Mehrheit. Bei der Entscheidungsfindung hat sich die CDU dabei an den vorab in unseren Gremien besprochenen und mit der FDP vereinbarten Zeitplan gehalten und wie angekündigt unmittelbar nach der für die CDU erfolgreichen Bürgerschaftswahl in Hamburg eine Entscheidung herbeigeführt.

Der Vorsitzende der CSU, Dr. Edmund Stoiber, und ich haben uns in den Gesprächen mit dem Vorsitzenden der FDP zunächst sehr deutlich für Dr. Wolfgang Schäuble ausgesprochen. Denn er verfügt ganz eindeutig über außerordentliche Qualifikationen und es ist unbestritten, dass die politische Leistung von Wolfgang Schäuble einzigartig und bedeutend ist. Leider ist dieser Vorschlag der Union aber nicht auf die Zustimmung der FDP gestoßen.

Mit Horst Köhler haben wir uns dann in einer außerordentlichen Sitzung des Präsidiums auf einen ebenso geeigneten Kandidaten verständigt, der die volle Unterstützung von CDU, CSU und FDP hat. Als gemeinsamer Vorschlag der bürgerlichen politischen Kräfte wird von seiner Wahl zum Bundespräsidenten am 23. Mai 2004 ein Signal des Aufbruchs und des politischen Wandels in Deutschland ausgehen.

Horst Köhler, der seit langem Mitglied unserer Partei ist, wurde 1943 als Sohn eines Bauern geboren und wuchs in der Nähe von Leipzig und im schwäbischen Ludwigsburg auf. Er ist zur Zeit Geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds in Washington. Das ist eine der bedeutendsten Positionen, die weltweit bei internationalen Organisationen zu besetzen sind. Zuvor war er unter anderem Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen und in dieser Funktion maßgeblich an der deutschen Einheit und an der Einführung der gemeinsamen Europäischen Währung beteiligt.

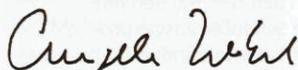
Horst Köhler verfügt daher über herausragende nationale und internationale Erfahrungen. Als promovierter Volkswirt und Finanzexperte kennt er wie kaum ein anderer die Stärken, aber auch die Probleme Deutschlands, die unter der rot-grünen Bundesregierung immer größer geworden sind. Er ist ein Mensch, der durch die soziale Marktwirtschaft geprägt ist. Er ist mit den führenden Industrieländern der Welt vertraut, aber er hat auch ein Herz für die Entwicklungsländer. Er steht für eine soziale Gestaltung der Globalisierung, damit alle Menschen von diesem Prozess profitieren können. Immer wieder hat er darauf hingewiesen, dass die Wirtschaft für die Menschen da sein muss und nicht umgekehrt.

Horst Köhler wird, dessen bin ich sicher, einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass Deutschland die Herausforderungen der vor uns liegenden Zeit meistert. Er verkörpert die Veränderungsbereitschaft, die unser Land braucht, damit es auch in Zukunft seinen Wohlstand erhalten kann. Er wird das Ansehen Deutschlands bei unseren Partnern in Europa und der ganzen Welt stärken.

Ich bitte Sie herzlich, unseren gemeinsamen Kandidaten nach Kräften zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre



Dr. Angela Merkel

Horst Köhler:

„Respektabel, präsentabel, präsiidiabel!“

So urteilt die Frankfurter Allgemeine Zeitung über den gemeinsamen Kandidaten des bürgerlichen Lagers für die Bundespräsidentenwahl, Horst Köhler.

Der Geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), Horst Köhler, genießt Vertrauen über die Parteigrenzen hinweg und gilt auch als hoch angesehene Persönlichkeit. Die Vorsitzende der CDU, Angela Merkel, hob Köhlers „reichhaltige politische und internationale Erfahrung“ hervor. Er könne sowohl die deutschen Interessen im Ausland vertreten als auch den Menschen im Land die nötigen Reformen verständlich machen. Auch der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber bezeichnete Köhler als „exzellenten Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten“.

Der anerkannte Finanzfachmann Köhler stammt aus einfachen Verhältnissen. Er wurde in Skierbieszow (Polen) geboren. 1943 floh die aus Rumänien stammende Bauernfamilie Köhler zunächst in den Osten Deutschlands, zehn Jahre später nach Westdeutschland. Als sachorientiert und

bescheiden wird der 61-jährige Köhler oft beschrieben. Obgleich der Volkswirt seit 1981 CDU-Mitglied ist und einer der engsten wirtschaftspolitischen Berater von Altkanzler Helmut Kohl war, wird ihm ein hohes Maß an politischer Unabhängigkeit nachgesagt. Dabei führte ihn seine Karriere in Wirtschaft und Politik stets steil nach oben. Köhler kam über die schleswig-holsteinische Staatskanzlei und den späteren Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) 1982 nach Bonn. Zunächst leitete er Stoltenbergs Ministerbüro, danach verschiedene Abteilungen im Bundesfinanzministerium. 1990 wurde er Staatssekretär unter dem damaligen CSU-Finanzminister Theo Waigel und damit Nachfolger des zur Bundesbank gewechselten Hans Tietmeyer.

Köhler bewährte sich als deutscher Unterhändler in den Verhandlungen über die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Auch



Foto: Internationaler Währungsfonds

an der deutsch-deutschen Währungsunion war er maßgeblich beteiligt. Überdies wurde der promovierte Ökonom der wichtigste Berater Kohls in allen Wirtschafts- und Finanzfragen und dessen „Sherpa“ bei den G7-Wirtschaftsgipfeln. Er verhandelte mit Russland die Milliardenzahlungen für den Abzug der Roten Armee aus Deutschland. Auch die deutsche Finanzhilfe für den ersten Golfkrieg lief unter seiner Federführung.

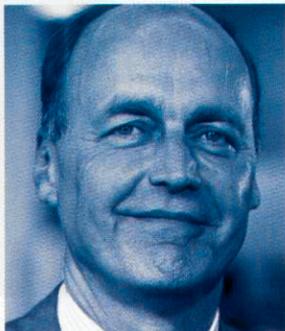
Nach dem Ausscheiden aus der Politik 1993 wechselte Köhler auf den Chefsessel des Deutschen Sparkassen und Giroverbands. 1998 wurde Horst Köhler auf Betreiben des damaligen Bundesfinanzministers Theo Waigel Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau, bevor er 2000 zum IWF ging.

Wachen Sie auf, Herr Bundeskanzler!

Obwohl die Bundesregierung sich mit Statistiktricks ihre Arbeitslosenbilanz schönrechnet, ist die Zahl der Menschen im Februar ohne Arbeit wieder gestiegen.

Das ist Folge einer sprunghaften, chaotischen Politik der Bundesregierung, die den Menschen Planungssicherheit nimmt und dazu führt, dass Bürger und Unternehmen ihr Geld zusammenhalten statt zu investieren.

Die Menschen in Deutschland können in der unsoliden Politik der Bundesregierung weder ein System erkennen, noch zeigt sie ihnen Licht am



Laurenz Meyer

Ende des Tunnels – mit unmittelbaren Folgen für das wirtschaftliche Handeln der Betroffenen.

Die wahre Lage offenbart die Zahl der Beschäftigten: Monat für Monat weniger

Menschen in Deutschland in Arbeit – mit katastrophalen Folgen für Steuern und Sozialsysteme.

Personalrochaden in der SPD-Spitze sind kein Zeichen von sinnvoller Wirtschaftspolitik. Sie bringen keinen einzigen Arbeitslosen wieder in Beschäftigung. Statt durch Diskussionen über Erbschaftssteuer und Ausbildungsplatzabgabe für noch mehr Verunsicherung zu sorgen, muss die Bundesregierung jetzt endlich die dringend notwendigen Reformen bei Steuern, Sozialsystemen und Arbeitsmarkt entschlossen angehen.

LAGE AUF DEM ARBEITSMARKT WEITER VERSCHLECHTERT

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Februar nur wegen statistischer Änderungen unter einer neuen Höchstmarke der rot-grünen Regierungszeit geblieben.

Wie die Bundesagentur für Arbeit (BA) mitteilte, stieg die Arbeitslosenzahl um knapp 44.000 auf 4,64 Mio. Wäre die Statistik vor Jahresbeginn nicht geändert worden, hätte die Arbeitslosenzahl auch im Vergleich

zum Vorjahresmonat zugenommen und den vor einem Jahr erreichten Höchststand übertroffen. Nach einer von der Bundesregierung in Kraft gesetzten statistischen Änderung werden Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen nicht mehr als arbeitslos registriert, erklärte der BA-Vorsitzende, Frank Weise. Die bundesweite Arbeitslosenquote nahm um

0,1 Prozentpunkte auf 11,1 Prozent zu. Auch unter Herausrechnung der jahreszeitlichen Einflüsse stieg die Arbeitslosenzahl unerwartet deutlich um 26.000 an. In Westdeutschland nahm die Zahl der Arbeitslosen im Februar um 18 200 auf 2,945 Mio. zu. In Ostdeutschland stieg die Zahl um 25 400 auf 1,696 Millionen. Die Erwerbstätigkeit nahm um 151.000 weiter ab.

Weitere Bundesfachausschüsse zusammengetreten

Nach der Konstituierung der ersten Bundesfachausschüsse im Februar haben weitere Partiegremien ihre Arbeit aufgenommen.

„Das Zusammenwirken der Kräfte der inneren und äußeren Sicherheit steht ganz oben auf der Agenda



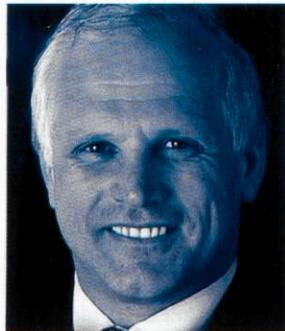
Friedbert Pflüger

des Bundesfachausschusses Sicherheitspolitik,“ erklärte Friedbert Pflüger. Zuvor war der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Sicherheitspolitik gewählt worden. Zu seinen Vertretern wählten die Ausschussmitglieder in der konstituierenden Sitzung die Bundestagsabgeordneten Bernd Siebert und Thomas Strobl. Angesichts der zunehmenden Bedrohung

Deutschlands durch Terroranschläge und der Gefahr des terroristischen Einsatzes von Massenvernichtungswaffen seien neue Sicherheitskonzepte nötig, erklärte Friedbert Pflüger. Polizeiliche und militärische Zuständigkeiten müssten im Notfall besser als derzeit koordiniert werden können.

„Dafür wird der Bundesfachausschuss ein Gesamtverteidigungskonzept erarbeiten,“ kündigte der außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion an. Es gehe darum, aus der Europäischen Sicherheitsstrategie die angemessenen Konsequenzen für die deutsche Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu ziehen. Die klassische Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit werde der aktuellen Gefährdungslage nicht gerecht und müsse deshalb überwunden werden.

Zeitgleich fand sich der Bundesfachausschuss Agrarpolitik zu seiner ersten Sitzung zusammen. Zum Vorsitzenden wurde der Bundestagsabgeordnete Peter Bleser gewählt. Der selbstständige Landwirtschaftsmeister, der zugleich Tierschutzbeauf-



Peter Bleser

tragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist, beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit internationalen und europäischen Agrarfragen. Zu seinen Vertretern wurden der niedersächsische Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Hans-Heinrich Ehlen, und der sächsische Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft, Steffen Flath, gewählt.

Ziel der CDU sei es, eine klare Alternative zur gescheiterten Agrarpolitik von SPD und Grünen aufzuzeigen und eine Agrarpolitik anzubieten, die der deutschen Landwirtschaft eine Zukunftsperspektive gibt und eine wettbewerbsfähige Entwicklung ermögliche, erklärte der Vorsitzende.

Schleswig-Holstein

CDU ist bereit zur Wende

Die CDU Schleswig-Holstein hat auf ihrer Klausurtagung in Ahrensburg den Countdown für den Landtagswahlkampf 2005 eingeläutet.

In einer ausführlichen Analyse machte Peter Harry Carstensen deutlich, welche Schwerpunkte die CDU im Wahlkampf und nach einer Rückkehr auf die Regierungsbank setzen werde. Der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende kündigte an, auch so genannte Tabubereiche überprüfen zu wollen. Schleswig-Holstein stecke in einer bedrohlichen Krise. Ziel müsse sein, Schleswig-Holstein aus der Schuldenfalle zu befreien. Dazu werde die CDU für einen Konsolidierungszeitraum von zehn Jahren einschneidende Sparmaßnahmen erarbeiten, um die Nettokreditaufnahme auf Null zu drücken. Im Wesentlichen solle dies durch eine Personalkostenreduzierung aufgrund einer vorherigen Aufgabenreduzierung und durch die Senkung der Sachaufwendungen für Verwaltungserfolge.

Die CDU wolle das Land von überflüssiger Bürokratie befreien und der Wirtschaft wieder Luft für Wachstum

verschaffen, sagte Carstensen. „Ich will ohne Wenn und Aber die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern. Ansiedlungs- und Erweiterungsvorhaben von Unternehmen sollen grundsätzlich in einer landesweit

geltenden Frist von acht Wochen genehmigt werden können und bei „Nichtbescheid“ als genehmigt gelten. In diesem Zusammenhang verwies er auf das im November beschlossene Konzept für einen umfassenden Bürokratieabbau mit dem die CDU gute Vorarbeit geleistet hätte.

Gemeinsam mit seinem Gast, dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff, unterstrich Carstensen die Notwendigkeit, die Verkehrsinfrastrukturpolitik neu zu gewichten. „Der Verteilungskampf um die Mittel für Verkehrsinfrastruktur wird noch härter. Der Norden muss zusammenhalten, um seine Maßnahmen in angemessener Zeit finanzieren zu können,“ erklärte Carstensen. Die bei-



Peter Harry Carstensen und Christian Wulff

den Mitglieder des Präsidiums der CDU Deutschlands vereinbarten eine enge Zusammenarbeit auch in Bezug auf die Europäische Union. Fördermaßnahmen, infrastrukturelle Großprojekte, internationale Umwelt- und Naturschutzprojekte und die Landwirtschafts- und Strukturpolitik würden ein gemeinsames Auftreten und Handeln des Nordens erfordern. Eine besondere Rolle werde auch eine Kooperation im Bildungs- und Forschungsbereich spielen. Geplant sind Schwerpunktbildungen an einzelnen norddeutschen Standorten, an denen die knappen Ressourcen gebündelt werden, um internationalem Anspruch und nationaler Wettbewerbsfähigkeit sicher zu stellen.

Bürgerschaftswahl-Analyse

Rekordplus in allen Wählergruppen

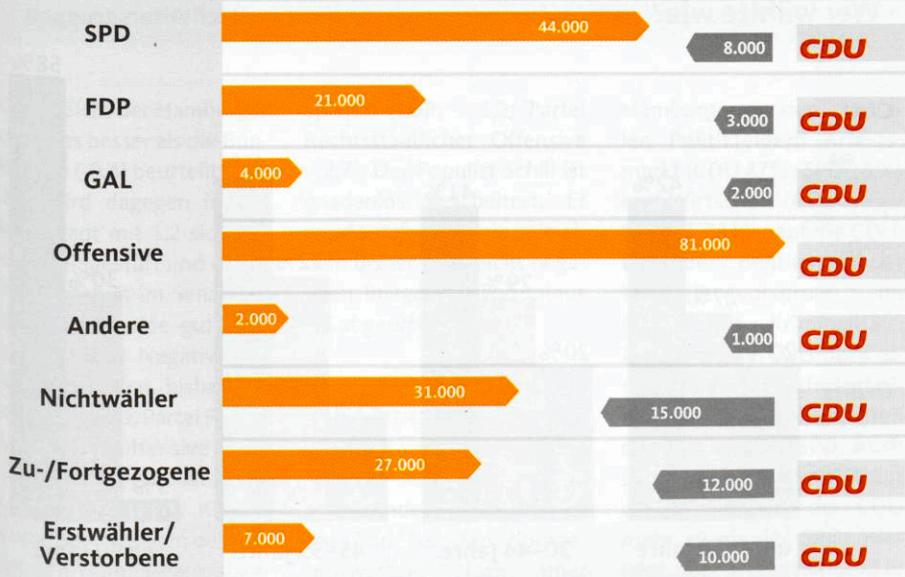
Hohe Kompetenz- und Sympathiewerte für Ole von Beust sorgten für überproportionale Stimmzuwächse in allen Wählergruppen und waren die Grundlage für den triumphalen Sieg der CDU bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen.

Mit dem politischen Aus von Ronald Schill endet in Hamburg eine mehr als zehnjährige Phase mit Erfol-

gen einer Vielzahl von Protestparteien. Nach einer Wählerwanderungsanalyse von Infratest dimap wechselten die Wähler der Schillpartei überwiegend in das Lager der Union. Die CDU verbuchte starke Gewinne vor allem dort, wo die ehemalige Schill-Partei bei der Wahl 2001 ihre größten Erfolge feierte: Bei den über 60-jährigen Männern kommt sie jetzt auf insgesamt 58

Prozent (plus 28 Prozentpunkte) und bei den Arbeitern erreicht sie 46 Prozent (plus 24 Prozentpunkte). Damit liegt sie hier weit vor der SPD, die bei den Arbeitern nur 32 Prozent der Stimmen erhält (minus 7 Prozentpunkte). Die SPD verfügt lediglich noch bei den Gewerkschaftsmitgliedern über einen Vorsprung vor der CDU. Überdurchschnittliche Verluste (minus

Wählerwanderungskonto CDU



Quelle: Infratest dimap, Wahlberichterstattung 29.2.2004

11 Prozentpunkte) muss die SPD auch bei den unter 30-jährigen hinnehmen, wo sie noch 27 Prozent erhält. Sie verliert zudem noch stark bei arbeitslosen Befragten (minus 13 Prozentpunkte).

Rolle der Spitzenkandidaten

Eine besondere Rolle spielten die Spitzenkandidaten von CDU und SPD. Ole von Beust lag in Sachen „Tatkraft“ und „Glaubwürdigkeit“, aber vor allem bei den Eigenschaften „Bürgernähe“, „Sympathie“ und

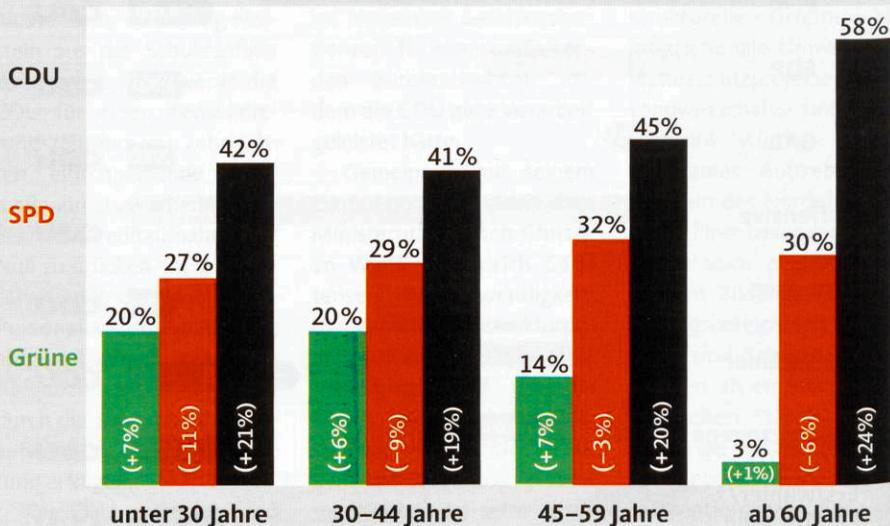
„Siegertyp“ deutlich vor dem SPD-Kandidaten Mirrow. Diesem wurde lediglich etwas häufiger „größerer Sachverstand“ attestiert, so eine Analyse der Forschungsgruppe Wahlen. Zudem meinten 53 Prozent der Befragten, dass Ole von Beust besser zu Hamburg passe, nur 16 Prozent sagten dies vom SPD-Spitzenkandidaten.

Nach einer Studie der Forschungsgruppe Wahlen bescheinigten knapp drei Viertel (73 Prozent) aller Befragten Ole von Beust, als Bürgermeister gute Arbeit geleistet zu haben, darunter

auch mehr als die Hälfte der SPD-Anhänger. Im direkten Duell der SPD-Spitzenkandidaten präferierten 55 Prozent der Hamburger Beust. Neben der Schwäche des SPD-Spitzenkandidaten konnte sich die SPD auch in der Opposition nicht ausreichend profilieren, was zur Abkopplung vom negativen Bundestrend unbedingt notwendig gewesen wäre: So erreichte die SPD in Hamburg auf einer Skala von +5 (sehr zufrieden) bis -5 (sehr unzufrieden) nach einer Bewertung von 1,3 (1997) und 0,6 (2001) jetzt nur noch einen Wert von 0,1 und wurde so-

Wer wählte wie?

Nach Altersgruppen

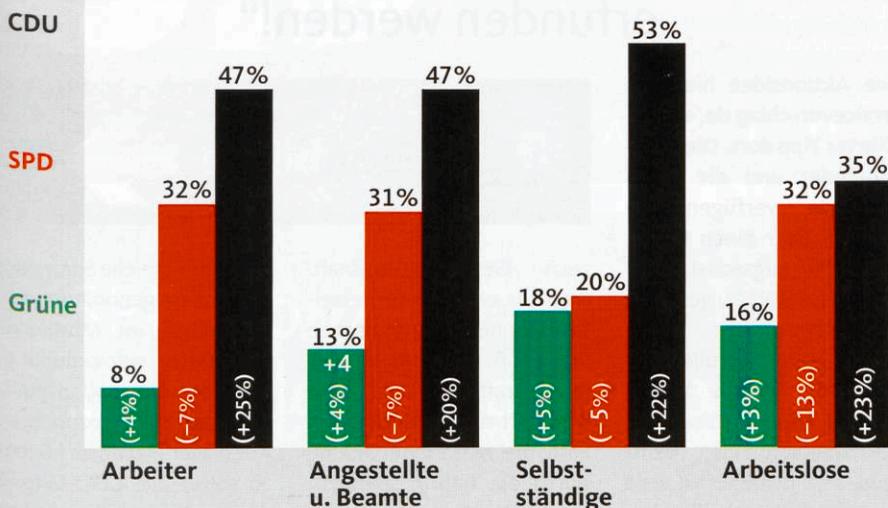


Quelle: Infratest dimap, Wahlberichterstattung 29.2.2004

Angaben in Klammern = Veränderungen gegenüber der Bürgerschaftswahl 2001

Wer wähle wie?

Nach soziodemografischen Daten



Quelle: Infratest dimap, Wahlberichterstattung 29.2.2004

Angaben in Klammern = Veränderungen gegenüber der Bürgerschaftswahl 2001

mit aus Sicht der Hamburger nur etwas besser als die Bundes-SPD (-0,4) beurteilt. Die CDU wird dagegen in der Hansestadt mit 1,2 sichtbar positiv eingestuft und erhält für ihre Arbeit im Senat mit 0,9 ebenfalls eine gute Bewertung. Das Negativurteil (-0,4) über den bisherigen Senat aus CDU, Partei Rechtsstaatlicher Offensive und FDP geht dagegen klar zu Lasten der kleineren Koalitionspartner, die auch deshalb von den Hamburgern abgewählt wurden und in der Landespolitik keine Rolle mehr

spielen (FDP: - 1,2; Partei Rechtsstaatlicher Offensive - 2,7). Der Populist Schill ist gnadenlos gescheitert. Er wurde auf der Skala mit einem bisher unerreicht negativen Imagewert von minus 3,5 abgeurteilt.

Kompetenzwerte in den Politikfeldern

Besonders deutlich auch das Bild bei den Kompetenzwerten. Nach einer Analyse von Infratest dimap setzen die Menschen in

Hamburger in den zentralen Politikfeldern Arbeitsmarkt (CDU 47%/SPD 28 %) und Wirtschaft (CDU 55%/SPD 28 %) klar auf die CDU. Besonders deutlich ist der Kompetenzvorsprung im Politikfeld „Kriminalität“. Hier liegt die CDU nach einer Analyse von Infratest dimap mit 30 Prozentpunkten deutlich vor der SPD. Auch im Bereich „Bildung“ traut die Bevölkerung der CDU mehr zu als der SPD. Hier liegt sie 5 Prozentpunkte (CDU 37%/SPD 32 %) vor der SPD.

Service

„Das Rad muss nicht immer neu erfunden werden!“

Eine Aktionsidee hier, ein Servicevorschlag da, ein bewährter Tipp dort. Die CDU-Mitglieder und die CDU-Verbände verfügen zusammen über einen Ideen- und Erfahrungsschatz, der nur darauf wartet, gehoben zu werden.

Den eindrucksvollen Beweis trat Thomas Völkel, Mitglied des Vorstands des CDU-Stadtverbands Bensheim, an. Um möglichst viele Ideen für die von der Bundesgeschäftsstelle vor etwa einem Jahr initiierten Mitgliederwerbung für seinen Stadtverband zu finden, hat Thomas Völkel mehr als 1300 Internetangebote der CDU besucht und interessante und außergewöhnliche Aktionen der Orts-, Stadt-, Kreis-, und Gemeindeverbände zu den unterschiedlichsten Themen gesammelt, systematisiert und zu einer Materialsammlung zusammengestellt. Das Ergebnis ist beeindruckend: Neben einer Vielzahl außergewöhnlicher Vorschläge für Veranstaltungen sowie Sonderaktionen für Fest- und Feiertage finden sich Ideen für bürgernahe soziale Dienstleistungen. Die Liste umfasst



Ideenbörse



auch Gestaltungsmaßnahmen für eigene Internetseiten bis hin zu praktischen Tipps, z.B. zur Stärkung der Finanzkraft des Orts- bzw. Kreisverbandes. Abgerundet wird die Materialsammlung durch die Rubrik „Buntes“. Hier findet man Ideen für humorvolle und unterhaltsame Partei- und Mitgliederwerbemaßnahmen. Eine wichtige Rubrik: Denn Kompetenz und Ehrlichkeit sind zwar wichtige, aber oftmals nicht die ausschlaggebenden Faktoren, die die Bürger zur Stimmabgabe oder zum Parteibeitritt bewegen. Eine mindestens genauso wichtige Rolle spielt der Sympathiegrad einer Partei oder eines Politikers.

Uneigennützig hat Thomas Völkel seine Materialsammlung der CDU-Bundesgeschäftsstelle zur Verfügung gestellt, damit auch andere Mitglieder oder Verbände von den Ideen Dritter profitieren. Das Online-Team hat

die umfangreiche Sammlung zum Anlass genommen, eine Ideenbörse im Mitglieder-netz unter www.cdunet.de unter dem Navigationspunkt „Interaktiv“ einzurichten. Auf dieser Plattform können ab sofort alle CDU-Mitglieder ihre Idee zur Parteiarbeit und zu Mitgliederwerbung den Parteifreunden vorstellen und sich selbst schnell und unbürokratisch informieren. Bestimmt gibt es auch bei Ihnen noch Ideen für die Arbeit vor Ort, die Sie gerne anderen vorstellen möchten. Und andere Parteifreunde sind dankbar, wenn sie neue Anregungen bekommen. Die Ideenbörse kann effektiv nur nach dem Prinzip „Geben und Nehmen“ funktionieren. Das Rad muss nicht immer wieder neu erfunden werden. Deshalb die Bitte von Generalsekretär Laurenz Meyer: „Nehmen Sie am Ideenhandel teil und schicken Sie Ihre Idee an ideenboerse@cdu.de.“

Armin Laschet:

Europa und die Vereinten Nationen

Es war ein großer Tag für die internationalen Beziehungen: zum ersten Mal in der Geschichte des Europäischen Parlaments hielt ein UN-Generalsekretär eine Ansprache an die EU-Abgeordneten.

Die Rede Kofi Annans zur wachsenden Bedeutung des Verhältnisses der EU zu den Vereinten Nationen war Höhepunkt in der abschließenden Debatte zum ersten umfassenden politischen Bericht über die Beziehungen der Europäischen Union zu den Vereinten Nationen, der vor wenigen Wochen verabschiedet wurde. In seiner Rede forderte der CDU-Außenpolitiker Armin Laschet: „Nach vielen Jahren der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe ist es nun an der Zeit, auch die politische Präsenz der Europäischen Union bei den Vereinten Nationen glaubwürdiger zu gestalten.“ Der CDU-Europaabgeordnete und Berichterstatter des Europäischen Parlaments für die EU/UN Beziehungen, der vor einem Jahr die Diskussion über das gegenseitige Verhältnis auf europäischer Ebene ange-regt hatte, sieht in dem Be-



Armin Laschet, UN-Generalsekretär Kofi Annan und EU-Parlamentspräsident Pat Cox

richt eine große Chance, das Verhältnis der Europäischen Union zu den Vereinten Nationen politischer, kohärenter und transparenter zu gestalten.

Der Bericht des Parlaments sei ein klares Bekenntnis zum Multilateralismus: „Nur gemeinsam mit Hilfe multilateraler Instrumente und der Legitimität der Vereinten Nationen sind die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bewältigen“, betonte Laschet. Nun müsse der Bericht mit Leben gefüllt werden. Die Forderung nach Ausbau einer parlamentarischen Dimension der EU/UN Beziehungen bekomme langsam ihre Konturen. Mit der Errichtung einer Arbeitsgruppe „Vereinte Nationen“ im Auswärti-

gen Ausschuss des Europäischen Parlaments, die sich mit UN Themen befassen und die EU/UN Beziehungen begleiten wird, soll der Beitrag der Parlamentarier zu einem kontinuierlichen Dialog zwischen EU und UN geleistet werden.

„Aber Europa braucht dringend eine Verfassung. Ohne Rechtspersönlichkeit und einen Außenminister wird die Europäische Union nicht in der Lage sein, außenpolitisch effizient zu agieren“, plädierte Laschet. Die EU müsse einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat anstreben, um ihre Verantwortung für die Sicherheit, Frieden, wirtschaftlichen Fortschritt und eine gerechte Entwicklung auf der Welt zu übernehmen.

Grenzkontrollen

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf über den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen in der EU vorgelegt (15/2546). Ziel sei es, die strafrechtliche Zusammenarbeit in den Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität zu verbessern. Erreicht werden soll, dass die Observation einer Person im Bundesgebiet fortgesetzt werden kann, wenn „konkrete Anhaltspunkte“ den Schluss zulassen, dass diese Person mit dem Täter in Verbindung steht oder in Verbindung treten wird. Die Änderungen gehen auf einen EU-Ratsbeschluss zum Durchführungsübereinkommen des Schengener Übereinkommens zurück.

Lenk- und Ruhezeiten

Die Bundesregierung strebt die Einführung eines digitalen Kontrollgerätes zur besseren Überwachung der Lenk- und Ruhezeiten im Straßenverkehr an. Es soll mehr Effizienz bei den Kontrollen, den Abbau von Missbräuchen des gegenwärtigen Systems sowie eine Verbesserung der Sicherheit im

Straßenverkehr erreicht werden. Dazu hat die Regierung einen Gesetzentwurf (15/2538) vorgelegt.

Kinderförderung

Einen „erheblichen“ Reformbedarf im Bereich Erziehung, Bildung und Betreuung macht die CDU/CSU in einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung (15/2513) aus. Die Fraktion beruft sich dabei auf Ergebnisse internationaler und ländervergleichender Studien. In diesem Zusammenhang wollen die Abgeordneten erfahren, welche konkreten Schritte die Regierung unternehmen will, um für eine bessere Förderung von Kindern im Vorschulalter wie auch in der Schulzeit selbst zu sorgen.

Forschung

Nach der Lage der Forschung in Deutschland erkundigt sich die CDU/CSU-Fraktion in einer Großen Anfrage (15/2528). Der Forschungs- und Wissenschaftsstandort Deutschland lebt aus der Sicht der Union von seiner Substanz. Die Abgeordneten wollen erfahren, welche forschungspolitischen Ziele und Prioritäten die Bundesregierung seit November 1998

verfolgt und welche konkreten Maßnahmen sie zu diesem Zweck eingeleitet hat.

Eliteuniversitäten

Der von der Bundesregierung geplante Aufbau von Spitzenuniversitäten ist Gegenstand einer Kleinen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion (15/2514). Die Regierung solle erklären, worin sich eine geplante Eliteuniversität von einer bereits heute bestehenden Hochschule unterscheidet und welche Faktoren eine Eliteuniversität ausmachen. Konkret interessiert die Abgeordneten dabei die Personalausstattung der Wissenschaftler in Forschung und Lehre, die Zahl und Qualifikation der Studierenden, die originäre Finanzausstattung und die Sachausstattung sowie ihre Stellung in der föderalen Wissenschaftslandschaft.

„Höchstpersönlicher Schutzbereich“

Alle vier Bundestagsfraktionen haben einen gemeinsamen Gesetzentwurf (15/2466) vorgelegt, der zum Ziel hat, den höchstpersönlichen Lebens- und Geheimbereich vor unbefugten



Bildaufnahmen ausreichend strafrechtlich zu schützen. Dazu wollen sie einen neuen Straftatbestand einführen, der den Eingang in das Strafgesetzbuch finden soll. Dort soll es heißen, wer von einer anderen Person, die sich in einer Wohnung oder in einem gegen Einblick besonders geschützten Raum befindet, unbefugt Bildaufnahmen herstellt oder überträgt und dadurch den höchstpersönlichen Lebensbereich verletzt, werde mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

Bundeswehr

Mit einem Inkrafttreten des Gesetzes zur Durchsetzung der Gleichstellung von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr wird bis Ende 2004/ Anfang 2005 zu rechnen sein. Dies geht aus der Antwort der Bundesregie-

rung (15/2455) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (15/2364) hervor. Absicht der Regierung sei es, eine Rechtsgrundlage zu schaffen, um Teilzeitbeschäftigung in den Streitkräften zu ermöglichen, heißt es. Gezielte Maßnahmen zur Anwerbung von Frauen würden nicht als notwendig erachtet, heißt es in der Antwort weiter.

Gesamtkosten Olympische Spiele

Die Kosten für die Leipziger und Rostocker Bewerbung um die Olympischen Spiele 2012 liegen bis Ende 2005 bei rund 350 Millionen Euro. Eine „seriöse“ Bezifferung der gesamten Finanzierungskosten für die Ausrichtung der Olympiade 2012 in dem Fall, dass Leipzig hierfür im Juli 2005 den Zuschlag erhalte, sei zum gegenwärti-

gen Zeitpunkt hingegen nicht möglich. Dies erklärte ein Vertreter des Bundesinnenministeriums am Mittwochabend im Sportausschuss.

Aids-Bekämpfung

Neue Aspekte nennt die CDU/CSU-Fraktion in einem Antrag, wonach „Entwicklungspolitik die Bekämpfung von HIV/Aids verstärkt bekämpfen muss“ (15/2465). Die Fraktion bezieht sich dabei auf Schätzungen von UNAIDS, nach der die künftigen Epizentren der weltweiten Epidemie in Indien und China sowie in Osteuropa und Zentralasien liegen.

Existenzminimum

Die Bundesregierung gibt das steuerfrei zu stellende gesetzliche Existenzminimum im Jahr 2005 für Alleinstehende mit insgesamt 7.356 Euro jährlich an. Dies geht aus einem Bericht der Regierung über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für das Jahr 2005 (15/2462) hervor. Nach einem Beschluss des Bundestages muss die Regierung alle zwei Jahre einen solchen Bericht vorlegen.

Übereinstimmung mit Bischöfen

Erklärung zum Abschluss der Frühjahrsvollversammlung der deutschen Bischofskonferenz:

Die differenzierte Haltung der Deutschen Bischofskonferenz zu drängenden gesellschaftspolitischen Fragen wird auch von der Union getragen.

Die Übereinstimmung in vielen Positionen der deutschen Bischöfe mit denen der Union macht deutlich: Die CDU/CSU nimmt ihren Anspruch ernst, das christliche Menschenbild zum Maßstab ihrer Politik zu erklären. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, bedauert die Union, dass es bisher nicht gelungen ist, die Bezugnahme auf die Grundlagen der christlich-abendländischen Wertetradition und die Verantwortung vor Gott in die Präambel des Europäischen Verfassungsvertrags zu integrieren.

Um zu einer vertieften europäischen Gemeinschaft zu kommen, die mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft darstellt, ist es notwendig, die Identität des gemeinsamen Erbes zu betonen. Das christliche Menschenbild als Richtschnur auf europäi-



Hermann Kues

scher Ebene zu nennen, heißt, sich vor dem Allmachtswahn des Menschen zu schützen und Menschenwürde auch angesichts des wissenschaftlichen Fortschritts, z.B. im Bereich des Klonens, der Stammzellenforschung oder auch bei der „Sterbehilfe“, zu bewahren.

Auch die Aufforderung der Bischöfe an die Koalitionsregierung, endlich ein schlüssiges Konzept zur Friedens- und Sicherheitspolitik vorzulegen, um von daher die Wehrpflicht zu definieren, ist seit langem eine Forderung der Union. Die Debatte über den Zivildienst ist nur ein Scheingefecht.

Begrüßt wird ebenso die differenzierte Haltung zur so genannten „Kopftuchdebatte“. Auch die Union hätte es angemessener gefunden, wenn das Bundesverfassungsgerichtsurteil nicht dazu geführt hätte, dass die Länder zu Geset-

zesvorhaben verpflichtet worden wären.

Eine Gleichsetzung von Ordenstracht und muslimischen Kopftuch lehnt die Union gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Lehmann, vehement ab.

Die Position der Union bei der Bewertung des „Kopftuchs“ ist eindeutig. In Übereinstimmung mit den süddeutschen Bischöfen, Erzbischof Robert Zollitsch und Bischof Gebhard Fürst verstößt das Kopftuch der Lehrerin in seiner Vieldeutigkeit gegen das Neutralitäts- und Mäßigungsgebot einer verbeamteten Lehrerin und hat somit keine Platz in der Schule.

Hermann Kues ist Fraktionsbeauftragter für Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Elite-Uni Konzept von Frau Bulmahn hat ausgedient

Erklärung zur Vorstellung der Länderinitiative für ein Netzwerk der Exzellenz auf der Kultusministerkonferenz:

Ministerin Bulmahn steht mit ihrem Elitekonzept allein auf weiter Flur. Die Kultusministerkonferenz präsentiert mit dem „Exzellenz-



Maria Böhmer

Netzwerk“ einen überzeugenden Vorschlag, um die Stärken der deutschen Universitäten zu stärken. Wir haben in Deutschland hervorragende Forscher und exzellente Nachwuchswissenschaftler. Mehr Wettbewerb motiviert zu Spitzenleistungen und führt zu einem Ausbau der Wissenschaftselite. In der internationalen Wissenschaftswelt muss Deutschland selbstbewusst die Spitzenleistungen seiner Forscher präsentieren. Die Initiative der Bundesländer, ein Netzwerk der Exzellenz zu etablieren, ist nachdrücklich zu unterstützen.

Es besteht Übereinstimmung zwischen den Vorschlägen der Länder und dem in der CDU/CSU-Bundstagsfraktion vorgelegten Konzept „Freiheit und Verantwortung. Für eine nachhaltige Bildungs- und Forschungspolitik.“

■ Nicht der Wettbewerb zwischen den Universitäten, sondern der Wettbewerb innerhalb der einzelnen Fachgebiete wird gefördert. Wir müssen vorhandene Stärken stärken und diese deutschland- und auch europaweit miteinander verknüpfen.

■ Wir brauchen leistungsstarke wissenschaftliche Cluster, die in ihrem Gebiet jeweils Spitze sind. Damit erhalten die Universitäten die Möglichkeit, spezifische Profile zu bilden. Eine enge Kooperation der Universitäten mit unseren außeruniversitären Forschungseinrichtungen bietet dabei große Chancen, diese Potenziale auch für den wissenschaftlichen Nachwuchs auszuschöpfen.

■ Die Wissenschaft selbst ist gefordert, ihre Erfahrung bei der Forschungsförderung und der Ausbildung des „Exzellenz-Netzwerks“ einzubringen. Deshalb sollen die bereits bestehenden Gremien und Organisationen der Wissenschaftsförderung die Auswahl beim Elite-Netzwerk selbst übernehmen. Wissenschaftlicher Sachverstand steht dabei im Mittelpunkt. Bei einer von Ministerin Bulmahn beliebig zusammengestellten Jury dagegen wäre politischer Beeinflussung Tür und Tor geöffnet.

Das Konzept der Länder ist richtungsweisend und tragfähig. Deshalb muss es schnellstmöglich umgesetzt werden.

Maria Böhmer ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Ausbildungsplatzsituation verbessern statt Betriebe belasten

Erklärung zur DIHK-Umfrage „Ausbildungsplatzsituation 2004“:

2004 ist wieder mit einer Nachfrage von über 600 000 Ausbildungsplätzen zu rechnen. Tatsache ist, dass 2003 im fünften Jahr in Folge das Ausbildungsplatzangebot gesunken ist und zum Stichtag 30. September lediglich 560 000 Ausbildungsverträge abgeschlossen waren. 60 000 davon werden bereits aus öffentlichen Mitteln finanziert. Eine Trendumkehr ist unumgänglich.

In dem zwar noch unveröffentlichten, aber schon bekannt gewordenen Berufsbildungsbericht der Bundesregierung wird konstatiert, dass eine Ausweitung der öffentlich finanzierten Ausbildung keine Alternative ist. Doch genau dahin steuert die SPD. Sie droht der Wirtschaft



Katharina Reiche

mit einer Zwangsabgabe. Die Folgen der Ausbildungsplatzabgabe sind allen klar: Weniger betriebliche Ausbildungsplätze! Schröder und Müntefering setzen nur noch auf Ideologie und Populismus, um die Seelen der Linken zu befriedigen. Sie schaden dabei denjenigen, von denen sie Zukunftssicherung für unsere Jugend verlangen. Dass diese Strategie nicht aufgehen kann, liegt auf der Hand.

Verantwortliche Politik muss bei den Ursachen ansetzen: Diese liegen im ausbleibenden Wirtschaftswachstum und strukturellen Umbrüchen auf der einen Seite und mangelnder Ausbildungsreife bei vielen Jugendlichen auf der anderen Seite.

Wir brauchen also als erstes wieder eine vernünftige Wirtschaftspolitik, der Arbeitsmarkt muss entrie-

gelt werden, die Innovations- und Wachstumsbremsen müssen weg.

Zum zweiten müssen wir dafür sorgen, dass die Ausbildungsmotivation der Betriebe und der Jugendlichen steigt. Eine Novellierung des Berufsbildungsgesetzes ist unumgänglich. Die CDU/CSU hat dazu bereits im Sommer letzten Jahres Eckpunkte vorgelegt. Wir wollen:

- eine Differenzierung der Ausbildung für unterschiedliche Begabungspotentiale, das heißt die Einführung von ein-, zwei- und dreijährigen Ausbildungsgängen,
- eine konsequente Modularisierung von Aus- und Weiterbildung, um den Weg in das lebenslange Lernen der Wissensgesellschaft zu ebnen,
- die Erhöhung der Durchlässigkeit der unterschiedlichen Bildungswege,
- eine stärkere internationale Ausrichtung und
- eine schnellere Entwicklung von Berufsbildern und Ausbildungsordnungen durch Entbürokratisierung der Verfahren.

Als drittes geht es um eine bessere Schulbildung. Die Länder sind mit der Einführung von Bildungsstandards auf einem richtigen Weg.

Deutschland braucht eine Politik im Interesse seiner jungen Menschen. Eine Trendumkehr ist unumgänglich. Wir brauchen keine Bürokratie- und Abgabenmonster.

Katharina Reiche ist die bildungspolitische Fraktionsprecherin.

Weniger Masterpläne – mehr Umsetzung

Stellungnahme zur Vorlage des High-Tech-Masterplanes der Bundesregierung:

Deutschland braucht globale Spitzenprodukte im High-Tech-Bereich. Nur wenn wir wieder Forschungs- und Innovationslokomotive werden, können wir die Zukunft gewinnen.

Die täglich neuen Ankündigungen der Bundesregierung reichen nicht aus, um hierfür die Trendwende zu schaffen. Wir haben genug Masterpläne. Was wir brauchen ist Umsetzung, Umsetzung und noch einmal Umsetzung der Reformkonzepte.

Ich bedauere daher sehr, dass es Rot-Grün noch nicht einmal gelingt, sinnvolle Programme mit ausreichenden Finanzmitteln auszustatten. Es ist ein Zeichen des politi-



Dagmar Wöhr

schen Versagens, wenn gerade Forschungsprogramme vorzeitig geschlossen werden müssen, weil das Geld fehlt.

Ich fordere den Bundeswirtschaftsminister dringend auf, die mittelstandsfeindlichen Debatten um die Ausbildungsplatzabgabe, die Erbschafts- und Vermögensteuer sofort zu beenden und die wirtschaftspolitisch richtigen Schwerpunkte zu setzen. Die Pläne zur Ausbildungsplatzabgabe sind keine High-Tech-Politik von morgen, sondern Sozialismus von gestern. Das ist wieder einmal Sieg des Herrn Müntefering über den gesunden Menschenverstand. Erst wenn der Ideologieschrott weggeräumt ist, wird der Blick für die nötigen Reformschritte frei.

Dagmar G. Wöhr ist die wirtschaftspolitische Fraktionssprecherin

Verkehrsinfrastrukturfinanzierung auf tönernen Füßen

Erklärung zum Bericht von Minister Stolpe zur Maut im Verkehrsausschuss:

Sicherlich wäre eine volle Haftung für etwaige Einnahmeausfälle bei Misslingen der Maut ab 01.01.2005 besser gewesen, doch das heute im Ausschuss dargestellte Ergebnis ist ein vertretbarer Kompromiss.

Mit einer Vollhaftung hätte Toll Collect allerdings dokumentiert, dass man an die Lösung und Termineinhaltung selbst fest glaubt.

Die von Minister Stolpe vorgestellte Lösung zur Verkehrsinfrastrukturfinanzierung ist kein seriöses Konzept:

- Die Erwartung von 1,5 Mrd. Euro aus dem Schiedsverfahren ist gleichzusetzen mit einem ungedeckten Wechsel, denn bei diesem miserablen Vertrag zu Lasten des Bundes sind die Aussichten wenig Erfolg versprechend. Minister Stolpe hätte besser sein Glück in der Spielbank versuchen sollen.

- Die vorfristige Tilgung zinsloser Darlehen seitens der DB AG stellt eine Anleihe auf die Zukunft dar, denn für künftige Haushal-



Dirk Fischer



Georg Brunnhuber

te sind die Tilgungsraten bereits eingeplant und fallen damit in den Folgejahren aus.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat daher einen Antrag in den Bundestag eingebracht, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, in einem Bericht das ganze Ausmaß der fehlenden Mauteinnahmen und alle haushaltsrelevanten Auswirkungen des Mautausfalls darzustellen.

Da der Bundesrechnungshof im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur Zeit die Maut-Misere prüft, wurde ferner die Bundesregierung in der heutigen Ausschusssitzung aufgefordert, nach Abschluss der Untersuchungen des Bundesrechnungshofes über diese Ergebnisse zu berichten.

Dirk Fischer ist der verkehrspolitische Fraktionssprecher und **Georg Brunnhuber** ist der zuständige Berichterstatter.

Daumen weiter nach unten

Erklärung den Arbeitslosenzahlen für den Februar 2004:

Der Daumen zeigt weiter nach unten. Alle wichtigen Indikatoren am Arbeitsmarkt befinden sich auf Talfahrt. Mehr Arbeitslose und weniger Beschäftigte sind das bittere Ergebnis rotgrüner Inkompetenz am Arbeitsmarkt.

Selbst die Subventionsmillionen aus dem Hartz-Konzept greifen nicht. Trotz gut 230 Mio. € Staatsknete ist bereits jetzt jede fünfte Personal-Service-Agentur pleite. Der Traum vom Hartz-Konzept ist ausgeträumt.

Rot-Grün verrennt sich stattdessen im „Klein-Klein“. Eine echte Perspektive zur Stärkung der Binnennachfrage, für mehr Beschäftigung und Wachstum ist nirgends zu sehen. Seit 27 Monaten gehen die Beschäftigtenzahlen zurück. Damit brechen die Grundlagen für die Sozialkassen ein, Betriebe und Beschäftigte müssen die steigende Last auf weniger Schultern tragen

Das trifft Familien, Eltern und Jugendliche. Weit über eine halbe Million unter 25jährige sind offiziell arbeitslos, viele stecken in



Karl-Josef Laumann

Maßnahmen und finden keinen Ausbildungsplatz. So darf das nicht weitergehen.

Ich fordere den Bundeswirtschaftsminister auf, seine Kraft nicht in die Manipulation von Statistiken zu vergeuden, sondern endlich Vorschläge durchzusetzen, die einen positiven Beitrag für unser Land leisten können

Karl-Josef Laumann ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit.

Investitionszulage Ost wird verlängert

Erklärung zur Verabschiedung des Investitionszulagengesetzes 2005:

Das Investitionszulagengesetz 1999 läuft Ende 2004 aus. Danach wurde die Anschaffung und Herstellung abnutzbarer beweglicher Wirtschaftsgüter des Anla-

gervmögens in den östlichen Bundesländern mit einer Investitionszulage von 12,5% bzw. bei kleinen und mittleren Unternehmen mit 25% unterstützt. Auf diese Investitionszulage besteht ein Rechtsanspruch, so dass die Unternehmen Planungssicherheit hatten. Nach Untersuchungen der Universität Münster hat allein die Investitionszulage seit 2000 Investitionen in Höhe von 13 Mrd. Euro angestoßen und damit rund 170.000 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert.

Ein ersatzloses Auslaufen zum Jahresende war nach Meinung aller Bundesländer und Bundestagsfraktionen nicht hinnehmbar, da die Wachstumsraten im Osten nach wie vor geringer als im Westen sind, nach wie vor Standortnachteile durch Erreichbarkeitsdefizite, eine schwächere Eigenkapitalausstattung und eine um 30% geringere Arbeitsproduktivität bestehen. Insbesondere der seit 1998 wieder stark zunehmenden Abwanderung junger Menschen muss durch eine weitere direkte Investitionsförderung begegnet werden.

Der Bundesrat einstimmig und im Deutschen Bundestag fraktionsübergreifend verabschiedete Gesetzentwurf sieht jetzt



Michael Meister



Manfred Kolbe

Frauengerechte Alterssicherung

Die Bundestagsfraktion fordert anlässlich des Weltfrauentages die Bundesregierung auf, die von ihr ständig geforderte Gleichbehandlung von Frauen und Männern in der Rente jetzt umzusetzen.

eine Verlängerung der Investitionszulage für 2 Jahre bis Ende 2006 vor. Der Förderumfang bleibt identisch, allerdings fällt aufgrund von Vorgaben der EU die Förderung von Ersatzinvestitionen sowie für Investitionen des Handwerks und des innerstädtischen Handelweg und es gilt ein neuer, eingeschränkter Begriff für kleine und mittlere Unternehmen. Dies führt in etwa zu einer Halbierung des bisherigen Fördervolumens von 1.174 Mio. Euro auf das neue Fördervolumen von 601,3 Mio. Euro in den Jahren 2005 und 2006.

Mit dem Gesetz werden im Osten Deutschlands die dringend benötigten weiteren Investitionen angestoßen, um der Abwanderung junger Menschen zu begegnen.

Michael Meister ist finanzpolitischer Fraktions-sprecher und **Manfred Kolbe** ist der zuständige Be-richtersteller.

Bislang gibt es keine Vorschläge, wie sie das Gleichbehandlungsgebot aus Art. 3 GG bei der staatlichen Förderung der privaten Altersvorsorge berücksichtigen will. Frauen sind nach wie vor von einer eigenständigen Alterssicherung meilenweit entfernt. Während Männer 2002 in den alten Bundesländern beispielsweise eine Durchschnittsrente von 1.157 € erreichten, lag der Durchschnittswert für Frauen bei 593 €.

Frauen werden nach wie vor dafür bestraft, weil sie Kinder erziehen. Sie sind oftmals nicht durchgängig erwerbstätig, verdienen rund 30% weniger als Männer und arbeiten häufiger in Teilzeit. Mit dem Rentennachhaltigkeitsgesetz verstärkt Rot-Grün diese Nachteile für Frauen. Erziehungsleistungen werden im vorliegenden Gesetz in keinster Weise berücksichtigt. Durch die von der Bundesregierung beabsich-



Maria Eichhorn

tigte Absenkung des Bruttorentenniveaus bei ohnehin geringen Bruttoeinkommen ist eine eigenständige Alterssicherung für Frauen in Zukunft kaum zu realisieren.

Außerdem führt die beschlossene Streichung der Anrechnung von Ausbildungszeiten für alle heute unter 60-jährigen zu einer Reduzierung der Frauenrenten. Im Durchschnitt sinkt die monatliche Rente für Frauen um weitere 12,02 €, und das bei einem bereits niedrigen Rentenniveau. Die Bundesregierung sorgt durch diese Maßnahmen für eine weiter steigende Altersarmut von Frauen.

Fehlanzeige für Frauen auch bei der staatlich geförderten Riester-Rente. Frauen müssen bis zu 15% mehr an Beiträgen zahlen, um später die gleiche Rente zu erzielen wie Männer.

Maria Eichhorn ist die frauenpolitische Fraktions-sprecherin.



Luftballon „CDU“

Bestell-Nummer: **9304**
 Preis je 500 Stück: **28,00 €**
 inkl. MwSt.: 32,48 €



Papierfähnchen „CDU und Deutschland“

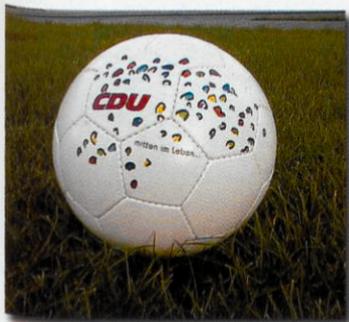
Bestell-Nummer: **9426**
 Preis je 1.000 Stück: **53,00 €**
 inkl. MwSt.: 61,48 €



Miniradio für unterwegs

Mit Scanfunktion für automatische Sendesuche, Gürtelhalter und separaten Kopfhörern.

Bestell-Nummer: **9829**
 Preis je 1 Stück: **5,00 €**
 inkl. MwSt.: 5,80 €



Lederfußball

Bestell-Nummer: **9614**

Preis je 1 Stück: **13,20 €**

inkl. MwSt.: 15,31 €

Kleiner Ball – in 2 versch. Farben

20 Bälle im Netz inkl. einer Ballpumpe.

Bestell-Nummer: **9823**

Preis je 20 Stück: **106,00 €**

inkl. MwSt.: 122,96 €



Einkaufswagenchip

Bestell-Nummer: **9070**

Preis je 100 Stück: **25,00 €**

inkl. MwSt.: 29,00 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
 Bertelsmann-Versandzentrum
 Postfach 1162, 33759 Versmold
 Telefax 05241-8041892
 e-mail:
 cdu-shop@bertelsmann.de



**Aktionszeitung „Wachstum“
 Ausgabe 1/2004**

Bestell-Nummer: **1013**
 Preis je 250 Stück: **18,50 €**
 inkl. MwSt.: 19,80 €